



Der März war geprägt von den Kommunalwahlen in Bayern.

Unsere Glückwünsche gehen an alle Gewählten und insbesondere an den neuen Münchner OB Dieter Reiter. Die Arbeit in Berlin geht natürlich weiter. Gerne möchten wir über einige aktuelle Themen informieren.

100 Tage „Große Koalition“

Die Lebensbedingungen der Menschen spürbar verbessern

Am 27. November 2013 wurde der Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der Union verabschiedet und gut zwei Wochen später, am 14. Dezember 2013, wurde dieser dann beim ersten bundesweiten Mitgliedervotum von knapp 76% der SPD-Mitglieder abgesegnet. In den ersten 100 Tagen der Regierungsbeteiligung konnten bereits viele wichtige Forderungen des Koalitionsvertrages auf den Weg gebracht werden. Doch es gibt auch weiterhin viel zu tun. Denn: Die SPD möchte die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Einige sozialdemokratische Projekte, die bereits in Angriff genommen wurden, möchten wir an dieser Stelle hervorheben:

Mindestlohn

Ab dem 01.01.2015 wird in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 €/Std. gelten. Zugleich können Tarifverträge leichter allgemein verbindlich werden. Tarifpartner können branchenspezifisch tarifliche Mindestlöhne auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aushandeln und auf die gesamte Branche erstrecken. Das stärkt die Tarifautonomie.

Rente

Mit dem Rentenpaket, das bereits zum 1. Juli 2014 in Kraft tritt, ist es allen möglich, zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente zu gehen, die 45 Jahre Beiträge gezahlt haben. Mit der Mütterrente gibt es für alle, die vor 1992 Kinder bekommen haben, eine Rentenerhöhung. Alle, die gesundheitsbedingt vorzeitig in Rente gehen müssen, erhalten mehr – die Erwerbsminderungsrente wird erhöht.

Familie und Beruf

Das ElterngeldPLUS unterstützt die-jenigen, die Familien- und Erwerbsarbeit untereinander partnerschaftlich aufteilen wollen. Mehr Gleichberechtigung von Frauen erreichen wir mit dem Gesetz zur Förderung von Frauen in Führungspositionen. Diskriminierungen beseitigen wir, indem schwule und lesbische Paare genauso wie heterosexuelle Ehepaare ein Kind adoptieren können, das der Partner bereits adoptiert hat. Und niemand soll sich mehr für die eine oder andere Staatsbürgerschaft entscheiden müssen – deswegen schaffen wir die Optionspflicht ab.

Mieterschutz

Wohnen darf kein Luxus sein. Deswegen ist es gut, dass jetzt die

Mietpreisbremse in den Regionen – wie München – kommt, die besonders betroffen sind. Richtig und wichtig ist auch, dass künftig der den Makler bezahlt, der ihn bestellt hat.

Energiewende

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat sich als außerordentlich erfolgreiches Instrument zur Förderung von Ökostrom bewährt. Die EEG-Reform treibt die Energiewende weiter voran. Bei der Gesetzesänderung geht es darum, die Kosten der Ökostromförderung wieder gerechter zu verteilen, unverhältnismäßig hohe Vergütungen an Stromproduzenten abzubauen und beim Ausbau der erneuerbaren Energien stärker auf Kosteneffizienz zu achten. Ziel der Reform ist es, einen weiteren Anstieg der Stromkosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Wirtschaft spürbar zu bremsen.

Wir werden auch weiterhin alle Kraft dafür einsetzen, dass möglichst viel sozialdemokratische Politik in der Koalition umgesetzt wird.

Diskussion zum Transatlantischen Freihandelsabkommen

Im März fand die vierte Verhandlungsrunde zum geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA in Brüssel statt. Der Fortgang der Verhandlungen wird auch im Deutschen Bundestag zunehmend kritisch begleitet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mittlerweile eine regelmäßig tagende Runde von Berichterstattern eingerichtet, deren Mitglied Claudia Tausend ist. Klar ist: Unsere sozialen, kulturellen, ökologischen sowie verbraucherrechtliche Standards, genauso wie unsere Errungenschaften

in Arbeitnehmerrechten, müssen erhalten bleiben! Auch die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht angetastet werden. Wir brauchen in einem Abkommen zwischen zwei rechtstaatlich so hochentwickelten Parteien wie den USA und der EU keine Investor-Staats-Schiedsverfahren. Dies hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel Ende März in einem Brief an EU-Kommissar Karel De Gucht noch einmal deutlich gemacht: Die Bundesregierung hält spezielle Investitionsschutzvorschriften nicht für erforderlich, und dies kann auch

am Ende über die Zustimmung Deutschlands zu TTIP entscheiden. TTIP spielt im Europawahlkampf eine wichtige Rolle. Claudia Tausend und Florian Post diskutieren auf Einladung bei mehreren Veranstaltungen über den aktuellen Stand des Freihandelsabkommens. Claudia Tausend veranstaltet auch eine eigene Konferenz zum Thema „TTIP“. Hierzu sind alle Interessierten herzlich eingeladen: **Am 14. Mai ab 19.00 Uhr im Wappensaal des Hofbräuhauses in München.** **Anmeldung bitte per Mail an claudia.tausend.wk@bundestag.de.**

Bundestag debattiert über Rentenpaket

In der letzten Woche hat der Bundestag in erster Lesung über das von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) geschnürte Rentenpaket debattiert. Es ist eines der großen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung und löst zentrale Wahlversprechen der SPD ein. Es ist richtig, das Renteneintrittsalter an den demografischen Wandel anzupassen, das stellen wir mit dem Rentenpaket nicht in Frage. Aber wir brauchen bessere Übergänge, die einer immer differenzierteren Arbeitswelt gerecht werden. Das haben wir im Wahlkampf gefordert und konnten es im Koalitionsvertrag durchsetzen. So werden wir Menschen, die 45 Jahre Beiträge gezahlt haben, einen

früheren abschlagsfreien Rentenzugang ermöglichen, nämlich mit 63 Jahren. Und zwar nicht als Almosen, sondern weil diese Menschen mit ihren Beiträgen eine maßgebliche Stütze des Rentensystems sind. Außerdem betrifft diese Regelung besonders Menschen in körperlich harten Berufen, die oft bis zur Grenze ihrer gesundheitlichen Möglichkeiten gearbeitet haben. Wir wollen auch nicht die bestrafen, deren Lebenslauf nicht immer glatt verlaufen ist. Deshalb sollen auch Zeiten des Bezugs von Lohnersatzleistungen Berücksichtigung finden. Neben der Rente mit 63 wollen wir mit dem Rentenpaket konkret Menschen helfen, die aus gesund-

heitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können und daher künftig eine Erwerbsminderungsrente beziehen, indem wir Verbesserungen bei den Zurechnungszeiten umsetzen. Außerdem soll mit dem Rentenpaket eine Ungleichbehandlung im Rentensystem abgemildert werden. Erziehungszeiten von vor 1992 geborenen Kindern sollen für Neu- und Bestandsrentner stärker berücksichtigt werden. Insgesamt haben wir ein Rentenpaket, das ein Ausdruck von Wertschätzung für geleistete Arbeit ist, das vor allem diejenigen besser stellt, die verlässlich die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht und die heutigen Beitragszahler großgezogen haben.

Infos: www.rentenpaket.de

Vorratsdatenspeicherung

Die Richter haben entschieden, dass die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung gegen die Grundrechte der Menschen in Europa verstößt. Deshalb hat der EUGH die Richtlinie komplett für ungültig erklärt und ist damit über den Antrag des Generalanwaltes hinausgegangen. Wir begrüßen das Urteil ausdrücklich. Damit ist laut Bundesjustizminister

Heiko Maas eine neue Situation eingetreten: Die Grundlage für die Vereinbarung im Koalitionsvertrag ist entfallen. Deutschland ist nicht mehr zu einer Umsetzung der Richtlinie verpflichtet. Auch Zwangsgelder drohen nicht mehr. Es besteht jetzt kein Grund mehr, schnell einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Wir werden das Urteil jetzt sorgfältig auswerten. Dann werden wir mit unserem Koalitionspartner neu über das Thema Vorratsdatenspeicherung reden müssen. Wir werden das weitere Verfahren und die Konsequenzen ergebnisoffen besprechen. Wir werden eine sachliche und konstruktive Debatte führen und am Ende eine tragfähige Lösung finden.

Ein Fest der Integration

„Wir sind alle eins“ – unter diesem Motto fand am 5. April 2014 die Deutsch-Türkische Kulturolympiade statt. In verschiedenen Kategorien, von Gesang über Volkstanz bis Gedicht, wetteiferten Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren vor über 9.000 Zuschauern in der Münchner Olympiahalle. In prachtvollen Inszenierungen wurden deutsche und türkische Sprache und Kultur zelebriert: Nicht nur eine tolle Show, sondern auch ein Stück gelebter

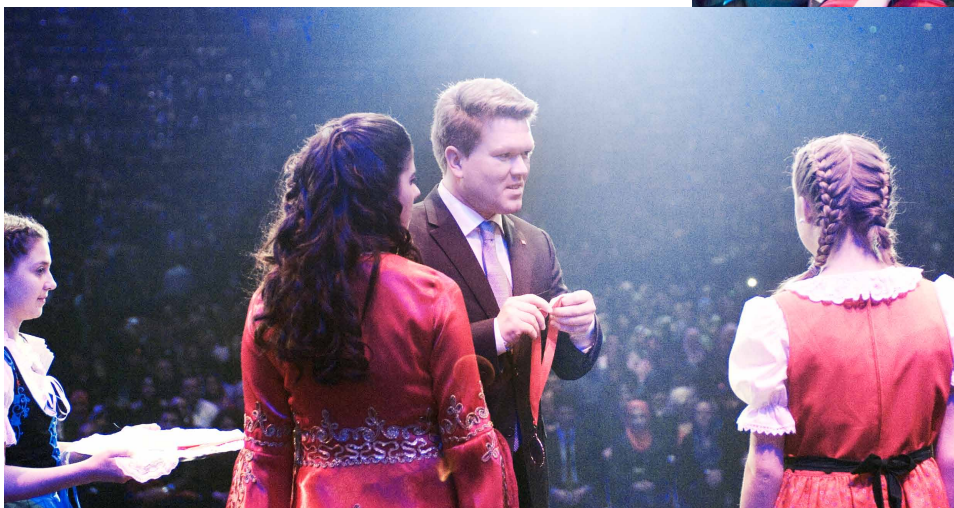
Integration. Durch die persönliche Interpretation, durch das Verstehen und die Aufführung von Folklore, Tanz, Musik, Gedicht und Liedgut wird die jeweils andere Kultur in der eigenen Lebenswelt erfahrbar und bekommt so Form, Forum und schließlich Anerkennung. Florian Post war stolz, gleich in drei Kategorien Medaillen überreichen zu dürfen: „**Integration ist nicht die Unterordnung einer Kultur unter die andere, sondern es kommt auf das Gemeinsame an.**“



Florian Post mit Sabine Christiansen, die durch den Abend führt



Florian Post auf der Bühne mit den Moderatoren und einigen Gewinnern



Florian Post überreicht eine Medaille vor mehr als 9.000 Zuschauern



Florian Post mit dem israelischen Generalkonsul Dr. Dan Shaham

Aus dem Wahlkreis

Unterwegs für München

Außerhalb der Sitzungswochen in Berlin sind wir auch auf vielen Terminen in den Wahlkreisen unterwegs, um mit den Menschen vor Ort im Gespräch zu sein. Denn: Die Politik in Stadt und Bund soll sozialdemokratisch bleiben – dafür setzen wir uns mit Euch gemeinsam ein!



Girls Day 2014 Im Rahmen des Girls Day 2014 der SPD-Bundestagsfraktion war Johanna aus München bei Claudia Tausend in Berlin zu Besuch. Johanna hat gemeinsam mit 70 Mädchen aus der ganzen Republik einen Tag im Bundestag verbracht und erfahren, wie Politik funktioniert und wie und wo man Einfluss nehmen kann.



Florian Post mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, nach einer Fachveranstaltung zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes



Florian Post mit dem amerikanischen Botschafter John B. Emerson beim Empfang zu Ehren der neuen Mitglieder des Deutschen Bundestages



Politischer Aschermittwoch 2014

Am 5. März fanden zahlreiche Aschermittwochsveranstaltungen statt: morgens der politische Aschermittwoch der Bayern SPD in Vilshofen. Florian Pronold, Uli Maly und Martin Schulz haben dort die mehreren Tausend Festzeltbesucher auf die anstehenden Wahlen eingeschworen. Abends war Claudia Tausend als Rednerin beim Fischessen der Neubiberger SPD. Auch wenn es leider bei der Bürgermeisterwahl 2014 nicht für Tobias Heberlein gereicht hat, hat Sie ihn gerne unterstützt.



Kurzmeldungen

Fracking ist keine Option

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der SPD-Bundestagsfraktion diskutierte vorige Woche unter anderem mit dem Vorsitzenden des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung e.V., Dr. Gernot Kalkoffen, über die Sicherung der deutschen Erdgasversorgung.

Dabei wurde auch die Gewinnung von Erdgas durch Fracking als Option angesprochen. Eine Technologie, bei der durch den Einsatz verschiedener Chemikalien in Gesteinsschichten eingeschlossenes Schiefergas gefördert wird. Bei den SPD-Abgeordneten ist diese Technologie stark umstritten. Florian Post machte deutlich: „Eine Verunreinigung des Trinkwassers durch Fracking kann nicht ausgeschlossen werden. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger zu Versuchskaninchen einer unausgereiften Technologie werden. Der Schutz des Trinkwassers muss oberste Priorität haben.“

Der Mindestlohn kommt!

Jede und jeder sollte von der eigenen Hände Arbeit leben können – selbstverständlich und dennoch nicht überall Realität. Deutschlandweit erhält über ein Fünftel der Beschäftigten einen Stundenlohn unter 8,50 Euro. In einigen Branchen verdienen Beschäftigte selbst in München im Schnitt weniger als 8,50 Euro: Friseurinnen, Gebäudereiniger, Verkäuferinnen und Kassierer. Wir tun etwas für existenzsichernde Löhne und gegen Armut. Ab dem 01.01.2015 wird in ganz Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde für alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in gleicher Höhe gelten.

550.000 Menschen in Bayern profitieren von dieser Regelung. Bundesweit verbessern wir damit die Lebensbedingungen von über 3,7 Millionen Menschen. Die Höhe des Mindestlohns wird künftig von einer Kommission der Tarifpartner regelmäßig angepasst. Ausnahmen gibt es nur da, wo es sich um kein Arbeitsverhältnis handelt, wie bei Schülerpraktika und Ehrenamtlichen. Um Minderjährige zu motivieren, eine Ausbildung anzutreten, sind sie ausgenommen.

Kannitha Leang aus Frankreich unterstützt Berliner Büro



Kannitha Leang und Claudia Tausend

Seit einem Monat unterstützt Kannitha Leang aus Lyon in Frankreich Claudia Tausend im Berliner Abgeordnetenbüro.

Kannitha nimmt am Internationalen Parlamentsstipendium (IPS) des Deutschen Bundestags teil, bei dem junge HochschulabsolventInnen aus 28 Nationen für fünf Monate aktiv im Abgeordnetenbüro mitarbeiten. Bereits jetzt ist Kannitha eine wichtige Hilfe bei der täglichen Arbeit in Berlin.

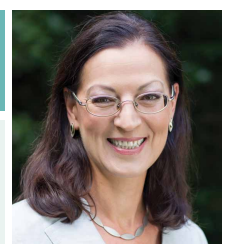
Florian Post, MdB



Belgradstr.15 a
80796 München

facebook.com/bundestag2013
E-Mail: florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38

Claudia Tausend, MdB



Orleansstraße 34
81667 München

facebook.com/tausendmalbesser
E-Mail: claudia.tausend@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58